Vossische Zeitung 25/X. 1918.

122

Berlins Uebergangswirtschaft.

Aus der Berliner Stadtverordnetensitzung.

Nach einer kurzen Aussprache über die wichtigen sozialen Maßnahmen, die Staat, Reich und Gemeinden mit Beendigung des Krieges für die arbeitende Bevölkerung ergreifen müssen, kam in der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung eine Anfrage über den Stand der Grippe zur Beratung.

Stadtv. Weil (U. Soz.) machte interessante Angaben über die Zahl der in den Krankenhäusern behandelten Grippefälle. Besonders auffallend war dabei der große Prozentsatz der an Lungenentzündung. Von 883 in den Krankenhäusern behandelten Fällen sind 852 tödlich verlaufen. Während Stadtv. Weil die gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse auch als einen Faktor für die große Ausbreitung der Grippe ins Feld führte, vertrat Medizinalrat, Geheimrat Dr. Weber den Standpunkt, daß es sich bei der Grippe nicht um eine Kriegsepidemie handle. Alle Kreise seien davon befallen und die Ernährungsnot sei nur insofern von bedeutendem Einfluß, als die Erholung erkrankt Gewesener schwierig sei, wenn man ihnen nicht genügend und gut zu essen geben könne. Geheimrat Dr. Landau widersprach dem Stadtmedizinalrat, der den allgemeinen Schulschluß nicht für ein unbedingtes Abwehrmittel gegen die Verbreitung der Krankheit betrachtete. Auch die Aerzte sind sich über die Behandlung und Bekämpfung der Grippe nicht einig, was auch bei der gestrigen Aussprache [illegible]. Bei einer Aussprache im Rathause erklärten sich 13 Ar[illegible]gen, 9 für einen allgemeinen Schulschluß.

Hoffentlich ist die Angabe des Stadtmedizinalrats zutreffend, daß die Grippe-Epidemie in Berlin ihren Höhepunkt überschritten hat.

•

Drei sozialdemokratische Anträge und eine Vorlage des Magistrats, betreffend die Arbeitsbeschaffung während der Uebergangszeit, die Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung, Erhöhung der städtischen Arbeitslosenunterstützung und Zuweisung weiterer Mittel für den Arbeitsnachweis. Diese vier Anträge wurden miteinander verbunden und gemeinsam beraten. Hierzu nimmt Oberbürgermeister Wermuth das Wort:

Welch große und erste Ereignisse sich inzwischen noch vollziehen mögen, eins ist sicher: die Unterbringung, die Versorgung und die Beschäftigung der heimkehrenden Krieger werden vielleicht das schwierigste und verantwortungsreichste Kapitel unserer Kriegswirtschaft sein. Der Magistrat ist sich der Verantwortung voll bewußt, die dabei neben dem Reich und den Staaten die Gemeinden zu tragen haben. Und damit es nicht den Anschein gewinnt, als wollten wir auf die andern warten und ihnen den Vortritt lassen, gebe ich Ihnen in gedrängter Kürze an, was der Magistrat für seine Pflicht hält. Die Gelegenheiten zur Beschaffung von Arbeit nach dem Kriege wurden von uns seit langem berechnet. Ziemlich reichen Stoff dafür bieten schon die Arbeiten, welche wegen des Krieges haben zurückgestellt werden müssen. Wir führen genau Buch darüber, wie und in welche Reihenfolge sie in Angriff zu nehmen sind. Je weniger Material diese Arbeit voraussetzt, um so eher werden sie in die vorderste Reihe rücken. Wir treten mit den Organen von Handel, Industrie und Handwerk sowie der sonstigen Berufsgruppen in Verbindung wegen der Produktionsmöglichkeiten, der Produktionsabsichten und der vorhandenen Vorräte. Ueber die Erweiterung des Arbeitsnachweises haben wir Ihnen auch heute eine Vorlage gemacht, deren baldige Annahme dringend erwünscht erscheint, damit wir dem ersten Ansturm begegnen können. Wir sind gern bereit, mit den Arbeitgebern wiederholt darüber in Verbindung zu treten, daß sie den nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen den Vorzug geben. Zur Arbeitslosenunterstützung besitzen wir die im Herbst 1914 geschaffenen Einrichtungen, die, da sie während des Krieges fast ganz zur Ruhe kommen konnten, neu instand gesetzt werden müßten. Es steht außer Zweifel, daß dabei die Unterstützungssätze, wesentlich zu erhöhen sind. Die Vorschläge, die uns von verschiedenen Seiten, namentlich auch von den Gewerkschaften, darüber gemacht worden sind, werden wir gern als willkommene Unterlage benutzen. Wie die Unterstützungen der Gewerkschaften in diejenigen der Gemeinden hineingreifen, darüber muß der Magistrat sich seine Stellungnahme vorbehalten. All diese Maßregeln können aber nur dann voll wirksam werden, wenn sämtliche Groß-Berliner Gemeinden Hand in Hand arbeiten, besonders beim Arbeitsnachweis. Hier glauben wir, mit den anderen Gemeinden eine Grundlage für ein interkommunales Abkommen gefunden zu haben. Ob das ausreicht, wird nachzuprüfen sein. Mit Trauer und mit Besorgnis erleben wir gerade in diesen Tagen, welchen großen Schwierigkeiten sogar in der Kriegszeit das Groß-Berliner Zusammengehen begegnet. (Lebh. Zustimmung.) Wir richten die herzliche Bitte an alle Teile, diese Schwierigkeiten mit uns zu bekämpfen und zu überwinden. (Bravo!) Reich und Staat aber dürfen sich nicht damit begnügen, diese schwierigste aller Aufgaben den Gemeinden auf die Schultern zu legen und dann zuzuschauen, wie sie ihrer Herr werden. (Sehr richtig!) Wir erwarten von ihnen, daß sie die Grundzüge für ein gleichmäßiges Vorgehen aller Gemeinden nicht nur aufstellen, sondern auch an ihrer Durchführung tatkräftig mitwirken. Der Staat besitzt weit reichere Hilfsquellen für die Erschließung von Arbeitsgelegenheiten als noch so große Stadtgemeinden. Ich erinnere an die großen Meliorationsarbeiten, an die Kanalbauten, an das für das Reich und Preußen so ungemein wichtige Schlußstück zum Mittellandkanal. Das Reich wird die Arbeitslosenunterstützung im großen zu organisieren und den Gemeinden die erforderlichen Mittel, zum mindesten zum ganz überwiegenden Teil, zuzuführen und zu ersetzen haben. Reich, Staat, Groß-Berliner Gemeinden, Einzelgemeinden und Erwerbstätige, sie alle müssen zusammenwirken und Hand anlegen. Hier gelten nicht Pläne, Untersuchungen und Erwägungen, hier gilt allein die Tat. (Lebh. Bravo!)

Stadtv. Brückner (Soz.): Die Frage der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft ist eine der wichtigsten, da das gesamte Staatsleben daran interessiert ist, aber auch eine der allerschwierigsten, denn es wird sich darum handeln, alle die, die nach der regelrechten Demobilisierung zu uns zurückfluten, in geeignete Arbeitsstätten zu bringen. Es kann nicht zeitig genug an die verantwortlichen Stellen in Reich, Staat und Kommunen die dringende Mahnung gerichtet werden, rechtzeitig alle Maßregeln zu ergreifen, um allen Eventualitäten gegenüber gerüstet zu sein. Die Stadt muß mit ihrer Fürsorge für die Arbeitsuchenden den Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen und u. a. in allen städtischen Betrieben den achtstündigen Arbeitstag einführen und die Privatunternehmer sollten diesem Beispiele folgen. Der Arbeitsnachweis muß ausgebaut und zu einer Musteranstalt für ganz Deutschland gestaltet werden. So lange von Reich und Staat die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt ist, muß seitens der Stadt die den Arbeitslosen gezahlte Arbeitslosenunterstützung erhöht werden. Im übrigen ersuchen wir den Magistrat, unverzüglich bei der Reichsregierung wegen Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung vorstellig zu werden. Die Errichtung eines Arbeitsamts wird ins Auge zu fassen sein.

Stadtrat Maaß stellt eine baldige Vorlage über den ganzen Komplex der Fragen in Aussicht.

Stadtv. Hintze (U. Soz.): Die Erklärungen des Oberbürgermeisters zeigen deutlich, wie wichtig die Behandlung dieser Fragen ist. Der Redner begründet einen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Sätze der städtischen Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen.

Stadtv. Hartmann (fr. Fr.) erklärt sich mit den Anträgen einverstanden und hält ebenfalls eine Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben für geboten. Der Redner beantragt, alle Anträge dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen.

Stadtv. Cassel (L.) betont, daß auch seine Freunde die große Wichtigkeit dieser Materie anerkennen.

Die Anträge werden dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Ein Antrag des Magistrats, weitere Mittel in Höhe von 200 000 Mark für den Arbeitsnachweis bereitzustellen, wird angenommen. Ein Antrag der U. Soz. ersucht den Magistrat, mit allergrößter Beschleunigung alle geeigneten Maßnahmen zu treffen zur erfolgreichen Bekämpfung der Grippeseuche.

Stadtmedizinalrat Dr. Weber: Mit elementarer Gewalt ist die Influenza wieder über die Welt hereingebrochen. Eine eigentliche Kriegsseuche wie Cholera, Pest und Fleckfieber ist sie nicht. Jedenfalls wird aber notwendig sein, für bessere Ernährung der Bevölkerung in der nächsten Zeit zu sorgen. Wenn nicht alles trügt, flaut die Krankheit jetzt ab. Leider haben wir gegen die Influenza keine solche durchschlagenden Mittel wie gegen Cholera und Pocken. Die Mortalitätsziffer reicht übrigens diesmal nicht heran an die in den Jahren 1891/92. Für die Schließung der Schulen ist die Medizinalabteilung im Ministerium des Innern verantwortlich. Ich bin aber auch selbst nicht für eine vollständige Schließung aller Schulen. Wir haben viel gefährlichere Anlässe [illegible]